

Ein „Kohlegespräch“ fördert den Diskurs

Nach dem Vortrag der Aktivistin Antje Grothus im Nell-Breuning-Haus wird sachlich und respektvoll diskutiert

VON YANNICK LONGERICH

HERZOGENRATH Antje Grothus wohnt seit 1994 im Kerpener Stadtteil Buir und erlebt seit 24 Jahren am eigenen Leib, wie die Braunkohlebagger ihrer Heimat immer näher kommen. Als Aktivistin in der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ kämpft sie um den Schutz der Region vor dem Kohleabbau sprichwörtlich an vorderster Front. Ihre Berufung hat sie laut eigener Aussage mit ihrer Tätigkeit bei der „Klima-Allianz Deutschland“ zum Beruf gemacht – seit Juni ist sie freigestellt für ihre Aufgaben bei der „Kohlekommission“ der Bundesregierung. Im Zuge der Gesprächsreihe „Kohle“ des Nell-Breuning-Hauses (NBH) gastierte Grothus mit einem Vortrag zum Hambacher Forst, ihrer Kommissionsarbeit und dem „zivilen Ungehorsam“ im Kampf gegen die Braunkohle.

Die „Roten Linien“

Das NBH versteht sich als „Lernort für Arbeit und Menschenwürde“ und möchte Beiträge zur Versachlichung der Debatte um den Hambacher Forst liefern. In den sogenannten „Kohlegesprächen“ bekommt jeweils ein Vertreter die Möglichkeit, die eigene Sichtweise zum Themenkreis Arbeit-Umwelt-Energie zu erläutern und mit engagierten Bürgern zu diskutieren. In Kooperation mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung der Diözese Aachen und des Fördervereins „Arbeit, Umwelt und Kultur in der Region Aachen“ möchte NBH-Leiter Dr. Manfred Körber dem eskalierenden Umgangston besonders in den sozialen Medien entgegenwirken.



Aktivistin und „Kohlekommissionsmitglied“ Antje Grothus stellte die Arbeit der Kommission sowie der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ vor und stellte sich Fragen. NBH-Leiter Manfred Körber moderierte. FOTO: YANNICK LONGERICH

Seitens der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ sprach Grothus von sogenannten „Roten Linien“, die man gezogen hat. Der strapazierte Begriff des „Klimawandels“ könne – abhängig vom Gesichtspunkt – in einen rein meteorologischen sowie einen sozialen Aspekt unterteilt werden. Neben den klimatischen Veränderungen weltweit habe die Braunkohle erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft der von der Förderung betroffenen Gebiete. Die A4 bei Buir stehe hierbei im doppelten Sinne sowohl für die betroffene soziale Gemeinschaft der angrenzenden Ortschaften, als auch für eine jener „Roten Linien“.

Ein kurzer Überblick über die (jüngere) Geschichte des Hambacher Forstes unterstrich die Argumentation der Bürgerinitiative. Die Verlegung der Bundesautobahn 4 Richtung Süden habe unweigerlich auch die Lebensqualität der Buirer beein-

flusst – die Autobahn tangiert seit 2014 nördlich den Kerpener Stadtteil. Im Schnitt hätten Immobilien seitdem etwa 30 Prozent an Wert eingebüßt. Der Hambacher Forst habe auch für die unweit gelegenen Buirer große Bedeutung. „Was der Wald für ein Schatz ist, haben wir gerade zuletzt nochmal richtig merken können“, erläuterte Grothus.

Die medial viel beachteten Ausschreitungen der Aktivisten beispielsweise bei der Räumung der „Baumhauskolonien“ verurteilte sie - Eskalateure seien unerwünscht, es sollen keinesfalls Menschen zu Schaden kommen. Allerdings unterstrich sie, dass ziviler Ungehorsam unweigerlich in Kauf genommen werden müsse. Auch gesellschaftliche Errungenschaften wie das Frauenwahlrecht seien nur durch anfänglichen zivilen Ungehorsam möglich geworden. „Gewinnen“ möchte Grothus den schwelenden

Konflikt mit der Braunkohle nicht. Viel mehr möchte sie, „dass alle Beteiligten gewinnen.“

Als Angehörige der von der Bundesregierung bestellten Kohlekommission wird wohl am 1. Februar 2019 zusammen mit ihren Kollegen den Abschlussbericht über Empfehlungen für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklungen der bundesdeutschen Braunkohleregionen übergeben. Grothus erläuterte dem Plenum die grundlegenden Aufgabenfelder der Kommission in Bezug auf Wachstum, Arbeitsplätze und Strukturwandel. Ferner wurde ihrerseits auch die Staubbelastung, die aus Sicht der Buirer durch den Tagebau Hambach nicht ausreichend bekämpft wird, kritisiert.

In der Diskussionsrunde meldeten sich auch drei RWE-Mitarbeiter zu Wort: Bezüglich der Staubbelastung zeigten sich die Männer

verwundert ob der bereits stattfindenden „Berieselungsmaßnahmen“ und versprachen, das Thema intern weiterzugeben. Da die „RWE'ler“ der Veranstaltung privat beiwohnten, kam es zu einem spontanen Aufeinandertreffen. Erwähnenswert ist der gegenseitige Respekt. Die Betroffenen berichteten von persönlichen Strapazen, die der Konflikt im privaten Umfeld erzeuge.

Die Demonstrationen eigener RWE-Kollegen vor dem Wohnsitz der Familie Grothus kritisierten die anwesenden Mitarbeiter. Im Gegenzug würde ein achtjähriger Sohn aufgrund der Tätigkeit seines Vaters regelmäßig in der Schule in Prügeleien verwickelt. Allgemein wünsche sich die Belegschaft eine Versachlichung der Debatte. Die Männer betonten wiederholt, dass die aktuelle Versorgungsdichte der erneuerbarer Energiequellen einen sofortigen Kohleausstieg keinesfalls stemmen könnte.

Naturgemäß kein Konsens

Das Plenum war sich darüber einig, dass politisches Versagen auf verschiedenen Ebenen viel zur derzeitigen Eskalation habe. Ferner sei RWE in der Pflicht, Versäumnisse aufzuholen. Der Konzern habe es verschlafen, vorausschauend Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Arbeit der Kohlekommission wurde von einer Bürgerin kritisiert. Sie sei vielerorts intransparent und Ergebnisse seien nur schleierhaft erkennbar. Ein Konsens wurde an dem Abend zwar erwartungsgemäß nicht erzielt. Allerdings blieben die intensiv geführten Gespräche tatsächlich immer auf der gewünschten, sachlichen Ebene.